

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/167

Bonn, den 4. September 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Das Echo</u>	100

Nach der Rede von Bundesaußenminister Willy Brandt in Genf
Von Günter Markscheffel, z.Zt. Genf

2 a	<u>Scherfe Reaktion</u>	41
-----	-------------------------	----

Die SPD und die Listenverbindungen mit der EPD

3 - 4	<u>Der stumme Einmarsch</u>	71
-------	-----------------------------	----

"Scham darüber, daß wir dabei sind"

5 - 6	<u>Afrikas Beitrag zur Weltkultur</u>	74
-------	---------------------------------------	----

Von Kenneth Kaunda,
Präsident der Republik von Zambia

* * *

- 1 -
Das Echo

Nach der Rede von Bundesaußenminister Willy Brandt in Genf

Von Günter Markscheffel, z.Zt. Genf

"Brandt-Rede vergriffen" - "Wir haben kein Exemplar mehr."
-"Wir müssen die Rede in mehreren Sprachen noch einmal abziehen." -
So lautet seit Dienstagmittag die stereotype Antwort des zustän-
digen Büroleiters im Genfer UNO-Gebäude, wenn noch ein Exemplar von
Brandts Rede verlangt wird. Dazu heißt es dann noch: "So etwas hat
es bei uns hier seit Jahren nicht gegeben."

Alte Genfer Konferenzhasen, Journalisten und Delegierte aus aller
Herren Länder, sind sich in dem Urteil einig: Brandt hat mit seiner
Rede vor dem Plenum der Genfer Konferenz der nichtnuklearen Staaten die
seit langen bestehende Stagnation in den Verhandlungen über die Pro-
bleme der Sicherheit, der Abrüstung und friedlicher Nutzung von Atom-
energie in Bewegung gebracht.

Dieses Urteil wurde am Dienstagabend bei einem großen Empfang be-
stätigt, den Pakistans Außenminister und Präsident der Konferenz zu
Ehren der Delegierten gegeben hatte. Ungewollt stand Bundesaußenminister
Willy Brandt hierbei im Mittelpunkt. Von allen Seiten mußte er Glück-
wünsche entgegennehmen. Ständig umringt von den Delegierten der über
80 hier versammelten Nationen, beantwortete Brandt Fragen, gab Er-
läuterungen zu dieser oder jener Stelle seiner Rede und begrüßte alte
Freunde, die ihm ihre Hochachtung für die klare Definition der deutschen
Politik entgegenbrachten.

Nicht einmal die Delegierten der Ostblockländer konnten sich der
Atmosphäre allgemeiner Zustimmung entziehen. In kleinen Gruppen zusam-
menstehend, diskutierten sie eifrig über - wie sie es fanden - "das
Ereignis des Tages." Hin und wieder schickten sie einen ihrer sprach-
kundigen Mitarbeiter zu der den deutschen Außenminister ständig um-
drängenden Runde, wohl um mitzuhören, worüber dort diskutiert wurde.

Hierbei wurde auch bekannt, daß die sowjetische Delegation seit
Dienstagmittag in Permanenz tagt. Wie es heißt, will der sowjetische
Delegierte, der auf dieser Konferenz als Vertreter einer Nuklearmacht
mit Beobachterstatus agiert, der Interventionsrecht, aber nicht Stim-
recht hat, möglicherweise in den nächsten Tagen auf Brandts Rede
antworten. Es heißt, die Sowjets wollen einige - wie sie sagen -
"historische Unrichtigkeiten geraderücken." Brandt wird einer möglichen
Diskussion mit den Sowjets vor dem Plenum nicht ausweichen. Er freut
sich sogar darauf, denn - so meinte der deutsche Außenminister scherz-
haft - es dürfte wohl dem sowjetischen Sprecher schwerfallen, die
militärische Intervention und die Verweigerung des Selbstbestimmungs-
rechts für das tschechoslowakische Volk mit Lenin-Zitaten zu begründen.

Brandt selbst ist natürlich über die starke Wirkung seiner Rede
erfreut, betont aber in allen Gesprächen, daß "eigentlich nur das
gesagt wurde, was alle Welt längst wissen mußte."

Damit meint er die Bereitschaft der Bundesrepublik zur loyalen
Zusammenarbeit mit allen Staaten und Völkern, die diese Zusammenarbeit

wünschen. Und zu einem afrikanischen Delegierten, der ihn fragte, ob denn die Einladung zum Studium des deutschen Kernforschungszentrums in Karlsruhe für alle Staaten gelte, auch für jene, die selbst noch keine Möglichkeit hatten, aktiv den technischen Fortschritt zu fördern, sagte Brandt: "Gerade diese; sie sollen nicht nur wissen, was wir leisten, sie sollen auch erkennen, wie ernst die Bundesrepublik es meint, wenn sie sich bereit erklärt, ihre Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Nutzung der friedlichen Atomenergie allen, die es wollen, zugänglich zu machen."

Den Beobachtern des Geschehens in Genf drängt sich unwillkürlich die Frage auf, welchen Eindruck es gemacht hätte, wenn der Außenminister nicht hierher gekommen wäre, um vor einem Weltforum die deutsche Politik zu allen auf dieser Konferenz zur Debatte stehenden Probleme selbst darzustellen und zu erläutern. Noch in der vergangenen Woche war in der Bundesrepublik die Meinung darüber geteilt, ob Brandt zur Konferenz fahren sollte, oder ob die gespannte internationale Situation es nicht angebracht erscheinen lasse, zur Zeit überhaupt nicht von der anzustrebenden gerechten Friedensordnung für Europa zu reden.

Heute kann ohne Einschränkung gesagt werden, daß es gut war, diese und ähnliche Argumente zurückgewiesen zu haben. Das weltweite Echo auf die Rede Brandts hat gezeigt, wie notwendig es ist, gerade jetzt immer wieder unmißverständlich zu betonen, was die Deutschen im freien Teile ihres Vaterlandes zur internationalen Situation zu sagen haben, welche Vorstellungen bei uns für die Lösung internationaler Krisen entwickelt wurden und werden, und welchen Beitrag die deutsche Politik bei Wahrung der Interessen des deutschen Volkes zur Festigung des Friedens in Europa und der Welt zu leisten gedenkt. "D i e s e Aufgabe" - so sagte Brandt in einem Gespräch mit Journalisten - nimmt uns n i e m a n d ab; auch nicht unsere besten Freunde."

Eine weitere Überlegung hatte den Außenminister bestimmt, selbst die Vertretung der deutschen Interessen in Genf wahrzunehmen. Er wollte erreichen, daß diejenigen, denen die Ziele der deutschen Politik vielleicht noch unklar waren oder deren Blick möglicherweise durch die Verleumdungen und Unterstellungen kommunistischer Agprop-Kampagnen gegen "Bonn" getrübt sein könnte, Gelegenheit erhielten, Argument für Argument auf seine Stichhaltigkeit zu prüfen.

Das kann und wird jetzt in den kommenden Wochen, da die Konferenz der nuklearen Habenichtse tagt, geschehen. Nach den Grundsatzserklärungen der Delegationschefs folgt nun die Arbeit in den Expertengruppen. Ende September sollen dann Vorschläge zu den Sicherheitsproblemen, zur Abrüstung und zur friedlichen Nutzung der Atomenergie den nuklearen Großmächten unterbreitet werden. Die Stimme des deutschen Außenministers durfte hierbei schon zu Anfang der Verhandlungen nicht fehlen. Sie gehörte in den Chor derjenigen, die wie Brandt in seiner Rede sagte, "aus der Geschichte gelernt haben" und die sehr wohl wissen, daß auch ihre nationalen Probleme nur gelöst werden können, wenn an die Stelle des Gleichgewichts des Schreckens eine gerechte Friedensordnung gesetzt wird.

Scharfe Reaktion

Die SPD und die Listenverbindungen mit der NPD

sp - Keine demokratische Partei ist gegen politische Torheiten und Kurzsichtigkeit von Mitgliedern gefeit. In Niedersachsen, wo Ende September Kommunal- und Kreistagswahlen stattfinden, sind auch zwei Angehörige der SPD Listenverbindungen mit der NPD eingegangen. Die SPD Landesleitung in Hannover handelte sofort. Sie hat ein Ausschlußverfahren beantragt, dem wohl stattgegeben wird. In Fragen demokratischer Grundsatztreue darf es keinen Kompromiss oder auch schwächliche Haltungen geben. Wer mit der NPD packelt oder in Verbund mit ihr politischen Einfluß erringen will, und sei es auch nur in den Gemeinden, hat bei den Sozialdemokraten nichts zu suchen. Diese große Partei mit ihrer großen und rühmreichen Tradition hält ihr Schild sauber.

Im Verhältnis der demokratischen Parteien zur NPD offenbart sich der Reinigungsprozeß der jungen deutschen Demokratie. Es kann zwischen demokratischen Parteien und der NPD nicht die geringste Gemeinschaft geben. Sie bringt uns, auch und gerade bei unseren Freunden und Verbündeten, in Mißkredit. Zu stark lebt im Bewußtsein der Völker die Erinnerung an das, was an Schrecklichen geschah - im Namen einer Partei, die weder sozialistisch, noch deutsch, noch national war. Wessen die NPD fähig ist, zeigt ihre schamlose Stellungnahme zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei. Sie verteidigte die Invasion und stellte sich damit an die Seite der Uloricht-Leute, stellte sich damit außerhalb des Bereichs der friedliebenden Menschen in unserem Volk.

Die CDU und die FDP sollten sich an der schnellen Reaktion der niedersächsischen Sozialdemokraten auf die nicht zu tolerierende Torheit zweier ihrer Mitglieder ein Beispiel nehmen. Kein engherziger Parteiegoismus sollte sie daran hindern, jene Mitglieder auszuschließen, denen demokratische Sauberkeit nur ein Lippenbekenntnis sein kann, wenn sie eine Listenverbindung mit der NPD eingehen. Zwischen Sozial-, Christ- und Freien Demokraten gibt es manche Auseinandersetzungen um den Weg bester Politik, doch keinen Streit sollte es zwischen diesen drei Parteien über die Notwendigkeit einer radikalen Ablehnung von Listenverbindungen mit der NPD geben. Hier ist jede Verniedlichung oder Entschuldigung, wie sie von hohen CDU- und FDP-Stellen in Niedersachsen zu hören waren, fehl am Platze. Wehret den Anfängen - dieser Erkenntnis müßte sich eigentlich keiner verschließen -, der es gut mit unserem Volke meint.

+ + +

Der stumme Einmarsch

"Scham darüber, daß wir dabei sind".

Von einem Bürger der DDR erhielten wir folgenden Beitrag, der etwas gekürzt wurde.

"Das ist mir aber ein komischer Krieg", meinte ein braver Leipziger, "als der Hitler in die Tschechei reinramelte, da wurde ein Riesentrara gemacht. Man wußte wer und wo was stand. Da gab es einen Feind! Aber bei dem Ulbricht? ne, da wees keener nischt! Der macht, Maulwurf!"

So ist es! Niemand in unserer Republik weiß - außer der Führungsspitze - wo unsere Truppen stehen und wieviel einmarschiert sind. Außer der offiziellen Verlautbarung, daß die fünf Armeen einmarschiert sind, gibt es kaum weitere Hinweise, keine "Heeresberichte", keine Bilder, (die sonst gern über unsere NVA gebracht werden) nichts, was Aufschluß über unsere Beteiligungen am "Freundschafts-Einmarsch" gäbe. Nur wer sehr genau das "Neue Deutschland" und die Lokalzeitungen studiert hat, konnte am 23. August in einem langen Leitartikel versteckt und so ganz nebenbei ausgedrückt lesen: "Sind unsere Truppen in Bewegung gesetzt worden..."

Natürlich wurden, wie anderswo auch, unsere Bürger von der unglaublichen Nachricht des Einmarsches überrascht. Wer allerdings vorher etwas genauer hingesehen hatte, dem war nicht verborgen geblieben, daß sich etwas ungewöhnliches anbahnen mußte. Von Dresden bis Rostock hatte es sich herangeflüstert, daß an der sächsisch-böhmischen Grenze, schon seit Wochen und Monaten, ungewöhnlich viel Truppen massiert wurden. SED-Funktionäre, die daraufhin angesprochen wurden, wußten nichts und konnten keine Erklärungen in den Versammlungen dazu abgeben. Je näher man jedoch an die Grenzbezirke herankam, desto bedenklicher wurden unsere Funktionäre, wenn die Rede auf diese Truppen-Konzentration kam. Kurze Zeit vor dem Einmarsch fand sich endlich eine plausible Erklärung: Es sind Manövertruppen.

Der Bürger nahm es hin. Wer jedoch die politische Entwicklung genauer verfolgt hatte, dem kamen Zweifel an der Richtigkeit dieser Erklärung. Nun ist es geschehen. Der Bürger schüttelt den Kopf, oder macht in stummer Wut auf andere Weise seiner Empörung Luft. Man ver-

steht sich auch ohne Worte, es ist nicht ratsam, sich in dieser heiklen Sache zu weit vorzuwagen. Die meisten fühlen mit dem Unglück unseres Nachbarvolkes und empfinden Scham darüber, daß wir dabei sind.

Unsere Funktionäre sind verwirrt. Es sollte im Westen nicht vergessen werden, daß vielen gläubigen SED-Mitgliedern jeder Zynismus fernliegt. Was jetzt passiert ist, stürzt einen nicht unerheblichen Teil der Funktionäre in einen echten Gewissenskonflikt, dem sie öffentlich keinen Ausdruck geben können.

Nicht daß alle mit der Entwicklung in der CSSR einverstanden gewesen wären. Nein. Als die Propaganda gegen Prag anlief, als die Konferenzen stattfanden, standen viele auf der Seite der Fünf; aber es wurden politische Lösungen erwartet und keine militärischen Aktionen.

Mit schlechten Gewissen müssen sie bei der verstärkten Mitgliedschaft, in den Betrieben und in der Öffentlichkeit, etwas vertreten, was ihrer inneren Überzeugung widerspricht. "Mögen die Genossen in Prag geirrt haben" (an die Konterrevolution glaubte ohnehin niemand) "sie haben Anspruch darauf, im Sinne des proletarischen Internationalismus behandelt zu werden". Der Schaftstiefel ist für die Mehrzahl der Funktionäre und Mitglieder der SED das schlechteste Argument einem befreundeten Staat gegenüber.

Und noch etwas wird nun stumm in Zweifel gezogen: Dem großen Freund der Sowjetunion, wurde nicht nur pflichtgemäß Beifall gespendet, in ihr sah man das große Beispiel nachahmenswerten Fortschritts. Nach diesem militärischen Entscheid kommen Zweifel über die Weisheit dieser Führung. "Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen". Dieser für die meisten Funktionäre gültige Spruch wird erschüttert. Wenn das Beispiel versagt und nur Panzer zur Durchsetzung dessen eingesetzt werden müssen, was "demokratischer Zentralismus" oder als "führende Kraft der Arbeiterklasse" bezeichnet wird, dann stimmt etwas nicht.

Mitglieder und Funktionäre stimmen mit schlechten Gewissen den gewünschten Resolutionen von oben zu. Viele tun es gegen ihr Gewissen und wider besseres Wissen - und hoffen auf eine politische Lösung der schweren Vertrauenskrise.

Walter Ulbricht wird respektiert. Seine Autorität ist unangefochten. Das heißt nicht, daß er geliebt wird, aber seine Leistungen finden Anerkennung unter den Genossen. Was aber jetzt geschehen ist, verletzt ihr Solidaritätsgefühl gegenüber einem befreundeten Volk. Sie blicken nach oben und erwarten eine schnelle, friedliche Lösung des Konfliktes.

Afrikas Beitrag zur Weltkultur

Von Kenneth Kaunda,
Präsident der Republik von Zambia

Die Gabe afrikanischer Menschen, sich der Gemeinschaft mit anderen Menschen zu erfreuen, ganz einfach weil sie auch Menschen sind, ist - wenn man das einmal verallgemeinern darf -, ohne jeden Zweifel der größte Segen Afrikas. Diese Gabe ist das Herzstück unserer traditionellen Kultur. Mit der Erreichung der Unabhängigkeit eröffnet sich die Möglichkeit, diese unsere Eigenschaft beispielhaft auf die übrige Welt zu übertragen. Wir hielten und wir halten diesen Beitrag Afrikas zur Weltkultur auf dem Feld der zwischenmenschlichen Beziehungen für den wichtigsten.

Die traditionelle Gemeinschaft war eine Gesellschaft gegenseitiger Hilfe. Sie war organisiert, um die grundlegenden menschlichen Bedürfnisse aller ihrer Mitglieder zu befriedigen; Individualismus war nicht gefragt. Das Land beispielsweise war Eigentum der Gemeinschaft und wurde durch den Häuptling oder den Dorfältesten verwaltet zum Nutzen aller. Die menschlichen Bedürfnisse bildeten das überragende Kriterium des Verhaltens.

In einer solchen Gemeinschaft, in der nahezu jegliche Aktivität eine Sache des "Teamwork" war, mußte die soziale Harmonie offensichtlich eine Lebensnotwendigkeit sein. Die Häuptlinge und traditionellen Ältesten übten in ihr eine wichtige richterliche und versöhnende Funktion aus. Sie vermittelten zwischen streitenden Parteien, ermahnten die zänkischen und asozialen Elemente und unternahmen alle notwendig erscheinenden Schritte, die geeignet waren, das Gefüge des sozialen Lebens zu stärken. Es sollte hervorgehoben werden, daß diese Lebensform nicht etwa eine Art idealistisches soziales Experiment darstellte, so wie wir es in Europa vorfinden mögen, wo Gruppen von Menschen sich in eine freundlich-ländliche Umgebung zurückziehen, um den Spannungen der Industriegesellschaft zu entgehen. Das Leben im Busch ist hart und gefährlich und erfordert einen hohen Grad sozialer Kohäsion, um zu überleben. Die grundlegende Einheit des Lebens ist nicht der Einzelmensch oder die unmittelbare Familie (wie in der industriellen Gesellschaft), sondern die Gemeinschaft. Das bedeutet, daß alle zusammenhalten und eine grundsätzliche Übereinstimmung in den Zielen haben müssen.

An zweiter Stelle war die traditionelle Gesellschaft eine akzeptierende Gemeinschaft. Versager im absoluten Sinne gab es nicht. Der Langsame, der Untüchtige und Unfähige wurde genauso akzeptiert wie jedes andere Mitglied des Gemeinschaftslebens, vorausgesetzt sie waren gesellschaftlich aufgeschlossen. Gesellschaftliche Qualitäten wogen wesentlich schwerer als - in Gegensatz dazu - individuelle Leistungen. Der Erfolg-Misserfolg-Komplex scheint eine Krankheit des individualistischen Zeitalters zu sein, das Resultat einer Gesellschaft, konditioniert durch Diplome, Prüfungen und Auswahlverfahren. In den besten Stammesgemeinschaften erhielten die Menschen ihren Wert nicht nach den Leistungen, die sie erbringen könnten, sondern dadurch, daß sie in der und für die Gemeinschaft lebten. Ihr materieller Beitrag zum Wohlergehen des Dorfes - wie immer begrenzt - wurde angenommen, aber nicht ihre Leistung, sondern ihre Gegenwart war es, die geschätzt wurde.

Zum dritten war die traditionelle Gesellschaft eine umfassende Gemeinschaft. Mit anderen Worten: das Netz der zwischenmenschlichen Beziehungen war weit gezogen und erforderte bis zu einem gewissen Grade gegenseitige Verantwortlichkeit. Die Industriegesellschaft kann man als eine exklusive Gesellschaft bezeichnen, weil die Verantwortlichkeit ihrer Mitglieder sich meistens nur auf die direkte Familie bezieht und weitergehende Verpflichtungen ausgeschlossen sind. Das System der größeren Familie bildet ein Schema sozialer Sicherheit, das den Vorteil hat, den natürlichen Muster persönlicher Beziehungen zu folgen.

Diese hohe Bewertung des Menschen und der Respekt vor menschlicher Würde, die ein Vermächtnis unserer Tradition sind, sollten im neuen Afrika nicht verloren gehen. Wie immer modern und fortgeschritten im westlichen Sinne die junge Nation von Zambia werden wird, wir sind unwiderruflich entschlossen, daß sich diese Menschlichkeit nicht verdunkelt. Wir in Zambia wollen alles in unserer Macht stehende tun, damit der Mensch in unserer Gesellschaft Mittelpunkt bleibt. Denn hierin liegt das, was man unter afrikanischer Zivilisation versteht, und wenn das moderne Afrika irgendetwas zu dieser gestörten Welt beizutragen hat, dann sollte es in dieser Richtung geschehen.

+ + +

Entnommen aus "Weitweite Partnerschaft".